LZ-Rheinland

Artikel vom 09.10.2024 · Ausgedruckt am 11.11.2026, 02:45 Uhr

Online: https://lz-rheinland-staging.p-k3txh2.project.space/nachricht/neue-eu-kommission-startet-nicht-vor-dezember

Neue EU-Kommission startet nicht vor Dezember



Foto: imago/Future Image

Die neue EU-Kommission wird frühestens im Dezember ihre Arbeit aufnehmen können. Das ergibt sich aus den Terminen für die Anhörung der Kommissarsanwärter durch das Europaparlament. Wie die Fraktionsvorsitzenden und die Präsidentin des EU-Parlaments, Roberta Metsola, beschlossen haben, sollen die Kandidaten zwischen dem 4. und dem 12. November Rede und Antwort stehen. Wann die einzelnen designierten Kommissare genau in den Fachausschüssen erscheinen müssen, ist noch nicht geklärt. Hier soll das besagte Gremium aller Voraussicht Ende dieser Woche entscheiden.

Das bedeutet, das neue Kollegium kann frühestens am 1. Dezember im Amt starten. Sollten allerdings einige Kommissionsanwärter den Anforderungen der Abgeordneten nicht genügen, wird Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen aufgefordert, Ersatzkandidaten aus den jeweiligen Mitgliedstaaten anzufordern. Sollte dies in einigen Fällen geschehen, wovon viele Beobachter ausgehen, könnte dies den Antritt der zweiten von-der-Leyen-Kommission sogar zum 1. Januar hinauszögern. Sobald alle designierten Kommissare von den jeweiligen Fachausschüssen als geeignet eingestuft worden sind, muss das Kollegium als Ganzes noch vom Europaparlament sowie vom Rat bestätigt werden.

Geklärt wurde bereits, welche Kommissare durch welche Fachausschüsse angehört werden sollen. Wenig überraschend wird der Landwirtschaftsausschuss die Anhörung des designierten EU-Agrarkommissars Christophe Hansen (im Bild zu sehen) federführend durchführen, da der Luxemburger vor allem für die Umsetzung der Ziele des Strategischen Dialogs (SD) sowie die Gemeinsame Agrarpolitik (GAP) zuständig sein wird. Zusätzlich teilnehmen werden Abgeordnete aus dem Umwelt- und dem Fischereiausschuss. Der aktuell noch amtierende Europaabgeordnete Hansen hat im Parlament starken Rückhalt.